

Sotschi 2014

Hintergründe zur Menschenrechtslage im Nordkaukasus



gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Gesellschaft für bedrohte Völker //www.gfbv.de
Society for Threatened Peoples

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Sotschi 2014 ist nur Fassade:
Putin verfolgt
Minderheiten und Menschenrechtler!

Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Postfach 2024, D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 49906-0
Fax: +49 551 58028
E-Mail: info@gfbv.de
Internet: www.gfbv.de

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 9 471 400
BLZ: 251 205 10
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, NewYork, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Text: Sarah Reinke

Redaktion: Sandy Naake

Layout: Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

Preis: 2,50 Euro

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Januar 2014

Sotschi 2014: Hintergründe zur Menschenrechtslage im Nordkaukasus

1. Einführung	5
2. Der Nordkaukasus: Europaweit die Region mit der höchsten Dichte an Gewalt	7
2.1 Tschetschenien	7
2.2. Dagestan	9
2.3 Kabardino-Balkarien	13
3. Historischer Hintergrund – kollektive Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren 1944	
3.1 Deportation der Tschetschenen und Inguschen	14
3.2 Karatschaier	15
3.3 Balkaren	15
4. Die Tscherkessen: Eines der ältesten Völker Europas	16
4.1 Verbrechen des Krieges und Völkermords im 19. Jahrhundert	16
4.2 Tscherkessen heute	17
5. Fazit und Empfehlungen	19
6. Stellungnahme tscherkessischer Organisationen vom 12.1.2014	20

1. Einführung

Ungelöste Konflikte,¹ eine brutale koloniale Vergangenheit, die Folgen von Kriegen und Terror, schwerste Menschenrechtsverletzungen sowie Armut, Korruption und fehlende Perspektiven für die jüngere Generation – diese Missstände machen den Nordkaukasus zu einer Region, in der Gewalt an der Tagesordnung steht. Der russische Präsident Wladimir Putin hat seit seinem Amtsantritt vor 14 Jahren auf die komplexe Situation vor Ort nur eine Antwort: Krieg, Unterdrückung und Brutalität.

In den Jahren vor den Olympischen Winterspielen 2014 und besonders 2013 haben die Repressionen im Nordkaukasus stark zugenommen. Die Moskauer Zentralregierung hatte Behörden und Politiker aufgerufen, verstärkt gegen den terroristischen Untergrund zu kämpfen. Dabei werden jedoch oftmals Zivilisten Opfer staatlicher Gewalt. 2013 stammten die meisten Asylsuchenden in Deutschland aus der Russischen Föderation – 14.000 Anträge wurden gestellt. Mehr als 90 Prozent sollen von Tschetschenen sein. Da die ethnische Zugehörigkeit nicht erfasst wird und die Republik Tschetschenien Teil der Russischen Föderation ist, werden Tschetschenen als russische Staatsangehörige geführt.

Wenn wie zum vergangenen Jahreswechsel Terroristen Anschläge auf russische Städte wie in Wolgograd verüben, rückt die Gewalt im Nordkaukasus wieder ins internationale Bewusstsein.²

Dort jedoch gehören die Gewalt und ihre Folgen, die massive Einschränkung von Bürgerrechten, Angst vor Terror und staatlicher Gegengewalt zum Alltag. Das gilt für Inguschetien, Kabardino-Balkarien oder Karatschai-Tscherkessien. Und noch mehr für Dagestan, wo die Dichte der Terroranschläge am höchsten ist. Tschetschenien ist nach zwei blutigen Kriegen (1994 bis 1996 und 1999 bis 2009) und dem autoritären Regime unter Ramzan Kadyrow sicherlich die Republik, in der die Menschenrechte am schwersten verletzt werden.

Wenn am 7. Februar 2014 die Winterspiele in Sotschi offiziell eröffnet werden, denken vor allem Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren auch an die 1943/1944 erfolgten kollektiven Deportationen ihrer Völker nach Zentralasien. Die Tscherkessen indes, die in Adygea, Karatschai-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien leben, gedenken

¹ Folgen der Tschetschenien-Kriege (1994-1996, 1999-2009), Ossetisch-Inguschischer Konflikt (1992), Georgisch-Abchasischer Krieg, (1992-1993).

² Die Attentäter sollen in diesem Fall jedoch ethnische Russen gewesen sein, die zum Islam konvertiert sind. Diese neue Strategie der Terroristen aus dem Nordkaukasus soll es für die Behörden einerseits nochmals schwieriger machen, potentielle Attentäter aufzugreifen und andererseits zeigen, dass auch Teile der russischen Bevölkerung den Terror unterstützen. Bericht beispielsweise unter: <http://www.indiatimes.com/news/asia/russias-new-terror-threat-ethnic-jihadis-120578.html>.

des Völkermords an ihren Vorfahren vor 150 Jahren. Dieses Kolonialverbrechen sowie die Verbrechen während des Stalinismus prägen das Verhältnis der betroffenen Völker zur russischen Regierung. Besonders die Tscherkessen empfinden es als weitere Demütigung, dass genau dort, wo ihre letzte Hauptstadt war, wo die Siegesparade der russischen Armee den Sieg über die Tscherkessen besiegelte, am 7. Februar ein internationales Sportfest gefeiert werden wird.

Die Olympischen Winterspiele in Sotschi sollten nach dem Willen von Präsident Wladimir Putin den Nordkaukasus als eine Region aufwerten, in der Tourismus und ein gewisser Grad an Normalität und Entwicklung möglich sind. Negative Schlagzeilen, wie sie seit dem Kriegsbeginn in Tschetschenien 1994 gang und gäbe sind, sollten eben gerade nicht mehr das Bild dieser Region Russlands prägen. Im Gegenteil, der Welt sollte demonstriert werden, dass Russland ein friedliches, gut organisiertes Land ist, das solch ein Sportereignis professionell bewältigen kann. Unter diesem Aspekt kann das Projekt schon jetzt als gescheitert angesehen werden: Die Nachrichten aus dem Nordkaukasus sind weiter negativ, Terroranschläge wie in Wolgograd setzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken und führen zu oftmals ungerechtfertigten Massenverhaftungen.

Trotz Amnestie für Pussy Riot und Michael Chodorkowski sitzen noch viele politische Häftlinge und Angehörige der Völker des Nordkaukasus in russischen Haftanstalten. Am gleichen Tag, als Chodorkowski entlassen worden ist, wurde ein Umweltschützer verhaftet. Aktivisten, die gegen die Olympischen Spiele in Sotschi protestieren, werden verfolgt. Die Sicherheitsmaßnahmen werden in und um Sotschi verstärkt und die Internetfreiheit massiv eingeschränkt. Mindestens ein Drittel der Kosten für die Winterspiele, die auf 55 Millionen Dollar geschätzt werden, sollen in die Korruption geflossen sein, sagt Gian-Franco Kasper, Präsident des Internationalen Skiverbands.

Im In- und Ausland regt sich seit Monaten Widerstand an der Durchführung der Spiele und der damit verbundenen repressiven Politik durch Putins Regierung. Das Fallbeispiel Sotschi zeigt die massiven Bürgerrechtsverletzungen, die auch für das übrige Russland typisch sind: Beschneidung der Presse- und Meinungsfreiheit, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Verfolgung von Umweltschützern sowie Menschenrechtsaktivisten und grassierende Korruption, die diese Spiele zu den teuersten überhaupt macht. Der Nordkaukasus mit seiner Geschichte von brutaler Kolonisierung in der Vergangenheit und blutigen Konflikten, Kriegen, Terror in der Gegenwart steht den angepriesenen Winterspielen in einer „friedlichen“ Region gegenüber. Deshalb möchte die GfbV mit diesem Memorandum auf die aktuelle Menschenrechtssituation und ihre Hintergründe im Nordkaukasus aufmerksam machen.

2. Der Nordkaukasus – Europaweit die Region mit der höchsten Dichte an Gewalt

Im aktuellen Report der *International Crisis Group* vom 6. September 2013³ bezeichnen die Autoren den Nordkaukasischen Föderationskreis als die Region Europas, in der die meiste Gewalt herrscht. 2012 forderten Konflikte dort 1.225 Opfer, davon 700 Tote und 525 Verletzte. Die Internetagentur *Kavkazkij Uzel*⁴ gibt an, dass 33 Terroranschläge im Jahr 2013, darunter acht Anschläge von Selbstmordattentätern verübt worden seien. Für die ersten sechs Monate im Jahr 2013 ermittelte die International Crisis Group 242 Getötete und 253 Verletzte. In Dagestan fordere die Gewalt die meisten Opfer, gefolgt von Tschetschenien und Inguschetien. Zwischen dem 30. Dezember 2013 und dem 5. Januar 2014 wurden 16 Personen im Nordkaukasus getötet, zehn weitere verletzt, darunter ein getöteter Polizist in Dagestan sowie zehn mutmaßliche Terroristen aus Dagestan, Kabardino-Balkarien und der nordkaukasischen Region Stavropol.⁵ Gewalt und Terror werden vor Beginn der Olympischen Spiele eher zu- als abnehmen.

2.1 Tschetschenien

Die tschetschenische Bevölkerung leidet bis heute unter den Folgen der brutalen Kriege 1994-1996 und 1999-2009. Das zerstörte Land, der Hass auf die russische Führung, der Werteverfall nach der Niederlage des als Unabhängigkeitskampf begonnenen Kriegs, die russische Politik der sogenannten „Tschetschenisierung“ – das heißt der Spaltung der tschetschenischen Gesellschaft in Freunde und Feinde Russlands – waren ein idealer Nährboden für radikale Islamisten, die – finanziert aus der arabischen Welt – in Tschetschenien aktiv wurden.

Die Menschenrechtslage in Tschetschenien bleibt anhaltend schlecht, die Bevölkerung sieht keine Perspektive für eine sichere Zukunft in ihrer Republik. Verfolgung, Drangsalierung und Willkür gehören seit Jahren zum Alltag: Wer jemand beispielsweise bereits während des ersten Krieges inhaftiert und versuchte dann, sich wieder ein normales sicheres Leben aufzubauen, wurde er im zweiten tschetschenischen Krieges erneut verhaftet – und wird nun unter dem tschetschenischen Gewaltherrscher Ramzan Kadyrow von dessen Geheimdienst und seinen Sicherheitsleuten drangsaliert. Konkret geben Asylbewerber folgende Fluchtgründe an:

³ <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/north-caucasus/226-north-caucasus-the-challenges-of-integration-iii-governance-elections-rule-of-law.aspx>

⁴ Northern Caucasus a year before the Olympics: chronicle of terror acts, *Kavkazkij-uzel.ru*, 30. Dezember 2013.

⁵ <http://www.kavkaz-uzel.ru>, 6. Januar 2014.

- Inhaftierung durch die Miliz, wobei den Inhaftierten die Gründe dafür oft unbekannt sind. Die Handlungen der Miliz werden als vollkommen willkürlich beschrieben.
- Personen werden unter dem Verdacht, Terroristen zu sein sowie mit ihnen zu sympathisieren oder verwandt zu sein vom Geheimdienst mitgenommen.
- Polizei und Geheimdienst wenden systematisch Folter an, um Informationen zu beschaffen.
- Es wird auch über Verfolgung durch die Kämpferbewegungen berichtet – wenn sich etwa jemand weigert, sie zu unterstützen oder sich ihnen anzuschließen.
- Frauen berichten über Vergewaltigung und schwere häusliche Gewalt.
- Menschen haben Angst vor staatlichen Maßnahmen wie Inhaftierungen oder „Verschwindenlassen“, weil Untergrundkämpfer Familienangehörige sind.
- Flüchtlinge berichten über die Mitnahme und Entführung durch verummte bewaffnete Personen.
- Unter Folter werden Geständnisse erzwungen, die dann zu langen Haftstrafen führen können.
- Weil Menschen im Bürgerkrieg gegen Russland gekämpft haben, werden sie nun von den russischen Behörden verfolgt.
- Personen werden aufgefordert, mit Präsident Ramzan Kadyrow zusammenzuarbeiten. Wenn sie sich weigern, werden sie bedroht, verfolgt und massiv unter Druck gesetzt.

Angst vor Willkür und Gewalt begleitet die Menschen jeden Tag. Auch die Korruption ist alltäglich und Teil jedes noch so kleinen Geschäftes und jeder Amtshandlung geworden.⁶ Ramzan Kadyrow propagiert einen Islam, der weder mit dem traditionell toleranten Islam der Tschetschenen noch mit ihren Traditionen etwas zu tun hat. Diese „Rückkehr zur Tradition“ macht Frauen zum Eigentum ihrer Väter, Brüder und Ehemänner. Es gibt eine strenge Kleiderordnung und ein starkes Reglement des religiösen Lebens. Der Personenkult um Ramzan Kadyrow, seinen Vater Achmad Kadyrow und auch Wladimir Putin sind allgegenwärtig in Tschetschenien. Die „Rückkehr zur Tradition“ dient Kadyrow zur Stärkung seiner Macht und Kontrolle. Er setzt sie gegen die islamistischen terroristischen Bewegungen ein, die ihre Anhänger auch damit rekrutieren, sie seien die wahren Gläubigen. „Die Folgen der Kriege 1994-2009 sind schlimmer als die Folgen der Deportation 1944“, sagen tschetschenische Menschenrechtsaktivisten, die über die Spaltung der Gesellschaft und ihre tiefe Traumatisierung berichten. Häufig sehen die

⁶ <http://www.clasen.net/gannuschkina/2013/doklad2013de.doc>: Bericht der prominenten Bürgerrechtlerin Swetlana Gannuschkina über Tschetschenien mit vielen Einzelfällen und Hintergründen.

Menschen, vor allem Familien mit Kindern, in dieser Situation außer der Flucht keinen anderen Ausweg mehr.

Auch die soziale und wirtschaftliche Situation in Tschetschenien lässt die Bevölkerung nicht auf Verbesserung hoffen. Nach Aussagen von Ekaterina Sorjanskaja von der *International Crisis Group* ist gerade die medizinische Versorgung in den vergangenen Monaten schlechter geworden. Es fehlt akut an gut ausgebildetem medizinischem Personal. Außerdem ist die medizinische Betreuung in der Regel kostenpflichtig und die Schmiergelder, die zu zahlen sind, hoch. Der GfbV wurde über den Fall eines kleinen Jungen berichtet, der immer wieder an akuter Atemnot litt. Die Eltern suchten mehrere Ärzte auf, die sie jeweils bezahlten, doch diese konnten die Ursache nicht finden. Schließlich wurde die Lunge geröntgt, doch die Ärzte waren nicht imstande, das Röntgenbild zu lesen. Die Eltern mussten ein weiteres Krankenhaus aufsuchen und dort eine alte russische Ärztin konsultieren.

Die Arbeitslosigkeit ist entgegen anders lautender offizieller Angaben mit bis zu 80 Prozent extrem hoch. Nach dem Ende der vielen Wiederaufbaumaßnahmen finden immer weniger Personen im Bausektor Arbeit.

2.2 Dagestan

Dagestan ist die größte Republik im Nordkaukasus. Hier leben Dutzende verschiedene Nationalitäten. Die Awaren stellen mit 28 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von den Lesginen, Darginern und Laken. Sie alle gehören zur westkaukasischen Sprachgruppe. Die Kumyken, Aserbajdschaner und Nogaier sind turksprachige Gemeinschaften. Zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehören Russen, Taten und Bergjuden. In den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung massiv gesunken. Bei der letzten Volkszählung 2002 hatte Dagestan 2,6 Millionen Einwohner, davon nur 120.000 Russen. 1959 waren es noch 20 Prozent, 1998 9,2 Prozent der Bevölkerung.

Die Republik ist seit 2010 zum Hauptschauplatz terroristischer Gewalt und staatlicher Gegengewalt im Nordkaukasus geworden ist. Sie hat die höchste Anzahl von radikal-islamischen, wahabitischen Gemeinschaften, den sogenannten Dschamaaten⁷. Zudem

⁷ Dschamaate sind territoriale Einheiten des „Kaukasus Emirats“, das 2007 vom Führer der radikalen Islamisten, Doku Umarow, ausgerufen wurde. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Einheiten zunehmend unabhängig voneinander agieren. Auch werden immer mehr ethnische Russen aufgenommen, die zum Islam konvertiert sind.

[http://www.jamestown.org/regions/thecaucasus/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=41792&tx_ttnews\[backPid\]=6339&cHash=28c49f22aae8eb048a95a3917f158790#.Us_Sw_tBbXQ](http://www.jamestown.org/regions/thecaucasus/single/?tx_ttnews[tt_news]=41792&tx_ttnews[backPid]=6339&cHash=28c49f22aae8eb048a95a3917f158790#.Us_Sw_tBbXQ)

leben in Dagestan – im Vergleich zu den anderen Republiken – die meisten Personen, die sich mit islamischer Theologie befassen und etwa in Saudi-Arabien studiert haben und der Idee eines Dschihad anhängen. Von 700 Todesopfern des Terrors im Nordkaukasus im Jahr 2012 fallen mehr als 400 auf Dagestan.

Die Organisation *Jamestown Foundation*, die Informationen von dem russischen Internetportal *Caucasian Knot* anführt, berichtete schon Ende 2011, dass 20 Prozent der Jugendlichen bei einer Umfrage in Dagestan angaben, moderate Salafisten zu sein. Nur zehn Prozent der Befragten gaben an, Anhänger des Sufismus, der in Dagestan traditionell verbreiteten Strömung des Islam, zu sein. Zwölf Prozent befürworteten die radikalen Methoden der Rebellen im Nordkaukasus. In Dagestan ist der traditionelle Sufismus in weiten Bevölkerungsteilen mit seinen Traditionen und Ritualen tief verankert. Dem gegenüber steht die Zunahme des Salafismus. Gerade auch in ländlichen Gebieten, wo den jungen Menschen weder gute berufliche Möglichkeiten noch Chancen auf politische oder gesellschaftliche Partizipation offen stehen, hat sich der Salafismus verbreitet. Daher ist der Dialog zwischen diesen zwei Konfessionen von zentraler Bedeutung. Dies war 2010 auch der Kurs der Regierung Dagestans, die damals zudem eine Kommission zur Rehabilitierung ehemaliger Kämpfer einsetzte. Die Erfolge waren messbar: 2012 gingen die Opferzahlen um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im Vorfeld der Winterspiele erhöhte die Regierung Dagestans wieder den Druck auf die Bevölkerung. Die Kommission wurde aufgelöst, zunehmende Terroraktivitäten waren die Folge.⁸

Es ist jedoch weiter wichtig, zwischen Personen zu unterscheiden, die eine im Nordkaukasus nicht traditionelle arabisierte Form des Islam angenommen haben, zum Beispiel den Salafismus, ihn jedoch friedlich leben und solchen, die aus dem Salafismus ihre Argumente ziehen, um sich zu bewaffnen und dem Untergrund anzuschließen. Diese Unterscheidung wird von Politik und Presse in Dagestan oft versäumt, was zur Stigmatisierung aller als Salafisten oder Wahhabiten⁹ bezeichneten Personen führt.

⁸ Terror und Anschläge werden in Dagestan oftmals entlang konfessioneller Linien des Islams verübt – die gewaltbereiten Salafisten gehen gegen Sufisten, andere gemäßigte Gläubige sowie Polizei und Politiker vor. In den vergangenen Jahren wurden mehrere wichtige sufistische Geistliche ermordet: Scheich Said Afandi wurde am 28. August 2012 in seinem Haus in Tschirkei von einer Selbstmordattentäterin getötet. 2011 wurde der Dekan der islamischen Universität getötet.

⁹ „Wahhabiten“ ist eine in Russland gebräuchliche Bezeichnung für radikale Islamisten. Der Begriff ist erst seit den 1990er Jahren im Nordkaukasus bekannt und hat seit dem Krieg in Tschetschenien eine negative Bedeutung. 1999 wurde in Dagestan das Gesetz „Über das Verbot wahhabitischer und andersartiger extremistischer Tätigkeit“ verabschiedet. Gleiche Gesetze wurden von den Parlamenten in Tschetschenien und Inguschetien gebilligt. Wahhabismus ist seit 1999 gesetzlich verboten.

Der Untergrund hat mehrere mobile Basen in den Wäldern und Bergen der Republik. Wie viele bewaffnete junge Männer gegen die Sicherheitsbehörden kämpfen, ist unbekannt. Die Behörden sind geneigt, Zahlenangaben zu reduzieren, weil der Untergrund unglaublich hohe Zahlen veröffentlicht. Die Anzahl von potenziellen Untergrundkämpfern, die bereit sind, jederzeit Gefallene zu ersetzen, wird jedoch auf mehrere Tausend geschätzt. Der Untergrund ist hierarchisch organisiert und in mehrere *Dschamaate* unterteilt. In den Zentren der *Dschamaate* sind Anschläge und Überfälle besonders häufig. Die Hochburgen der Untergrundkämpfer finden sich in ganz Dagestan: im Norden in Kisiljurt und in Kisljar, im Südosten in Derbent, im Südwesten in Tsuntinsk, in zentraler Lage in Unzukul, Lewaschi und Bujnaxsk sowie in den Städten Makhachkala, Khasawjurt, Bujnaxsk, Isberbasch und Kaspjisk. Schon seit den 1990er Jahren kämpften Männer aus Dagestan in Tschetschenien und brachten diese Erfahrung zurück nach Dagestan. Dort fielen die zunehmend radikalen Ideen auf einen fruchtbaren Boden.

Das Dorf Gimri ist dafür ein Beispiel: Dort wurde Imam Schamil geboren, der politisch-religiöse Führer Dagestans und Tschetscheniens während des Widerstandskrieges gegen das zaristische Russland im 19. Jahrhundert. Der Ort galt schon damals als Rebellenhochburg. In den 1990er Jahren studierten viele junge Männer aus Dagestan in arabischen Ländern wie Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien. Sie hatten Kontakt zu Salafisten und schlossen sich dieser fundamentalistischen, religiösen Strömung an. Nach der Rückkehr in ihre Heimat verbreitete sich infolgedessen der Salafismus vor allem in Dörfern wie Gimri. 1999 wurde im Kreis Bujnaxsk in vier Dörfern sogar ein islamischer Staat nach dem islamischen Rechtssystem Scharia ausgerufen. Nach einem Monat des Widerstands befreite die Armee dieses Gebiet, das auch als Kadar-Zone bekannt ist.

Im April 2013 wurde eine Säuberungsaktion in Gimri durchgeführt. Am 11. April waren Mitglieder der russischen Spezialeinheit nahe Gimri beschossen worden. Daraufhin blockierten die Spezialeinheiten die Zufahrtswege zum Dorf, in dem rund 5.000 Personen leben. Dort brach Panik aus. Die Lehrer konnten ihre Schüler nicht beruhigen. Sie dachten, ein Krieg sei ausgebrochen. Frauen liefen zum Kindergarten und zur Schule, um ihre Kinder abzuholen. Mittlerweile wurde auch im Dorf geschossen. Der russische Geheimdienst *FSB*, Truppen des Innenministeriums sowie die Antiterrorereinheit Dagestans führten diese Operation gemeinsam durch. Am Nachmittag des 11. Aprils drangen Soldaten und Panzer ins Dorf ein. Mehrere ältere Menschen bekamen einen Herzinfarkt. Der Mullah des Dorfes befahl den Bewohnern, sich um 16 Uhr auf dem Dorfplatz zu versammeln. Es gelang den Menschen kaum, das Notwendigste mitzunehmen. Kranke und Invalide wurden zum Platz geschleppt. Kinder und alte Menschen sollten in Autos weggebracht werden. Einige kamen bei Verwandten unter, die anderen bauten sich ein provisorisches Lager mehrere Kilometer außerhalb des Dorfes auf.

Am 12. April stimmte das Militär der Evakuierung des Dorfes zu. Am selben Tag begannen Geheimdienstmitarbeiter, die Häuser zu durchsuchen. Sie demolierten Türen, zerstörten Gerätschaften. Die Menschen hatten Angst, dass ihre Wohnungen zerstört, ihre Bäume gefällt und ihre Viehbestände geschlachtet werden. Die Aktion in Gimri forderte drei Tote. Allen jungen Männern wurden Fingerabdrücke abgenommen und sie müssen bis heute Identifikationskarten bei sich tragen, um sich als Bewohner von Gimri auszuweisen.

Infolge dieser Militäroperation errichteten die Sicherheitskräfte in der Nähe des Dorfes ein dauerhaftes Lager. Hier wird kontrolliert, wer in das Dorf kommt und wer es verlässt. Ein freier Zugang ist unmöglich und die Dorfbewohner, insbesondere die jungen Männer, sind unter ständiger Beobachtung und stehen unter dem Generalverdacht, gewaltbereite Salafisten zu sein.¹⁰

Nachdem die Regierung Dagestans Versuche eines Dialoges zwischen den unterschiedlichen religiösen und sozialen Gruppen als gescheitert eingestuft hat, ging sie 2013 in mehreren Schritten repressiv gegen die Bevölkerung vor – insbesondere gegen Menschen, die sie als radikale Muslime klassifizierte. So gerieten vielfach alle gläubigen Muslime, die ihren Glauben durch Aussehen, Kleidung und strenge Einhaltung der Glaubensregeln nach außen sichtbar machen, unter den Generalverdacht, gewaltbereite Islamisten zu sein. Dies verstärkte die Spannungen innerhalb der Gesellschaft und führte zu mehr Anschlägen.

Im Oktober 2013 führte die Polizei Razzien in Cafés in der Hauptstadt Machatschkala durch. Mitarbeiter und Besucher wurden festgenommen. Sie wurden fotografiert und ihre Fingerabdrücke wurden genommen. Danach ließ man sie wieder frei. Am 12. und 13. Oktober nahm die Polizei 40 Personen fest, die in Cafés der islamischen Kette Caféketten *Azbar* und im Restaurant *Rum-Centr* arbeiteten. Am 14. Oktober wurden 50 Gäste von Gastronomiebetrieben, die „Halal-Fleisch“ anbieten, festgenommen. Mitte Oktober sollte ein Kindergarten, in dem auch Arabisch unterrichtet wird, geschlossen werden. Im Dezember sollte ein weiterer Kindergarten, der von Salafisten betrieben wird, gleichfalls zugemacht werden, so der Generalstaatsanwalt. Moscheebesucher wurden kontrolliert und in mehreren Fällen verhaftet und verhört. Auch Schulen und Medressen – islamisch-theologische Hochschulen – wurden massiv kontrolliert und in mehreren Fällen wurden Anträge auf Schließung der Schulen eingereicht. Im ganzen Land überprüfen Polizisten regelmäßig die Papiere von Passanten wie etwa am Busbahnhof in Machatschkala. Dies ist selbstverständlich auch eine Sicherheitsmaßnahme, wird aber trotzdem von Teilen der Bevölkerung als Repression angesehen.

¹⁰ Diese Information lieferte ein Gewährsmann der GfbV am 7. Januar 2014.

Das härtere Vorgehen der Regierung führt offenbar zu wütenderen Angriffen der Aufständischen. Zudem wurden neue, gegen die Islamisten gerichtete Dschamaate gegründet, um Opfer von terroristischen Anschlägen zu rächen.¹¹

Aber auch Journalisten und Menschenrechtsaktivisten werden immer wieder zu Opfern: Am 9. Juli 2013 wurde der bekannte Journalist Achmednabi Achmednabiev von Unbekannten erschossen. Sein Name stand wie die anderer Journalisten und Menschenrechtsverteidiger auf einer „Todesliste“, die in Dagestan seit September 2009 kursiert.

2.3 Kabardino-Balkarien

Laut einer Volkszählung von 2002 machen die Balkaren mit rund 105.000 Angehörigen in der Republik etwa 11,6 Prozent der Bevölkerung aus. Im 13. Jahrhundert siedelten sich auch Kabardiner in diesem Gebiet an. Heute stellen sie mit rund 498.700 Personen etwa 55,3 Prozent der Bevölkerung. Im 15. Jahrhundert kamen Russen hinzu, sie bilden jetzt mit 226.600 Menschen und 25,5 Prozent Bevölkerungsanteil die zweitgrößte ethnische Gruppe. Außerdem leben Osseten, Ukrainer, Türken und Angehörige vieler anderer Völker in Kabardino-Balkarien. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört dem Islam an.

Ein gewalttätiger Untergrund entstand auch in Kabardino-Balkarien – hauptsächlich als Reaktion auf den hohen Druck, den die Regierung auf die Bevölkerung ausübt. Besonders Personen, die – oftmals als Konsequenz aus den Tschetschenienkriegen – Anhänger eines radikalen Islams wurden, waren Ziel von staatlicher Repression. Nach dem brutalen Überfall von mehr als 200 Kämpfern des Dschamaats Jarmuk auf die Hauptstadt Naltschik am 13. Oktober 2005 gingen viele gewaltbereite Muslime in den Untergrund. In den vergangenen Jahren stieg die Zahl an Anschlägen besonders gegen Polizisten und Sicherheitsbehörden auch in Kabardino-Balkarien wieder an. 2010 starben 70 Menschen im Konflikt zwischen den Sicherheitskräften und militanten Gruppen, 129 im Jahr 2011 sowie 107 Personen 2012.

Menschenrechtsverteidiger vor Ort, wie Valerij Hatashukov vom Menschenrechtszentrum in Naltschik, haben den Eindruck, dass die föderalen Sicherheitskräfte, die von der Moskauer Zentrale aus nach Kabardino-Balkarien beordert werden, mehr Macht haben als die örtliche Regierung und ihre Institutionen. Sie bewegen sich mehr oder weniger in einem rechtsfreien Raum: Straflosigkeit bei Verschwindenlassen, Folter in Polizeigewahrsam oder in den U-Haftanstalten scheinen selbstverständlich zu sein.

¹¹ Central Asian Caucasus Analyst Institute, 26. Juni 2013.

3. Historischer Hintergrund – kollektive Deportationen der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren 1944

3.1 Deportation der Tschetschenen und Inguschen

Am 17. Februar 1944 berichtete der Geheimdienstchef Lawrenti Beria an Stalin: „Die Vorbereitungen zur Aussiedlung der Tschetschenen und Inguschen kommen zum Ende. Nach der Berichterung der Erfassung unterliegen 459.486 Personen der Umsiedlung (.).“¹² Am 23. Februar 1944 erfolgte ein weiterer Bericht Berias an Stalin: „ Heute, am 23. Februar, im Morgengrauen begann die Operation zur Aussiedelung der Tschetschenen und Inguschen. Die Aussiedelung verläuft planmäßig.“ Alle Tschetschenen und Inguschen sollten ihre Häuser verlassen, zu Sammelstellen kommen und in Eisenbahnwaggons nach Kasachstan und Kirgistan deportiert werden. 40 bis 50 Prozent der Deportierten in den Eisenbahnwaggons sollen Kinder gewesen sein. In den Zügen brach Typhus aus und viele starben während der wochenlangen Zugfahrt. In den ersten Märzwochen erreichten die Züge mit Tschetschenen und Inguschen ihre Bestimmungsorte. 124 Transporte mit 344.589 Personen kamen in Kasachstan an, 28 mit 75.342 Personen in Kirgisien.

Am 27. Februar 1944 verübte die Rote Armee ein entsetzliches Massaker im Dorf Chaibach, bei dem mehr als 700 Menschen ermordet wurden. Dieses Verbrechen hat sich tief ins kollektive Gedächtnis der Tschetschenen eingebrannt. D.G. Malsagow, damals stellvertretender Justizkommissar der Tschetscheno-Inguschischen ASSR (Autonome sozialistische Sowjetrepublik), berichtete in den 1990er Jahren über die Tragödie: „Am 27. Februar wurden die Leute aus allen benachbarten Dörfern in Chaibach zusammengetrieben. (...) Viele Menschen, vor allem Frauen, Kinder und Kranke, sammelten sich in den ehemaligen Stallungen der Kolchose. (...) Zwischen zehn und elf Uhr, als die gesunden Einwohner bereits weggebracht worden waren, wurde das Tor zum Stall verschlossen. Dann hörte ich den Befehl: ‚Anzünden!‘ In diesem Moment brach das Feuer aus. Es stellte sich heraus, dass alles bereits vorbereitet und mit Kerosin getränkt worden war. Als das Feuer die Giebel des Gebäudes erreichte, brachen die Menschen das Tor auf und stürzten – verzweifelt schreiend – nach draußen. Oberst Gweschiani, der sich in der Nähe aufhielt, befahl: ‚Feuer!‘ Die aus dem Stall laufenden Menschen wurden mit Maschinengewehren getötet.“¹³ Mit der Aussiedlung wurde auch die tschetscheno-inguschische ASSR aufgelöst, die Bezirke und Orte wurden umbenannt, tschetschenisch und inguschische Bücher aus der Volksbibliothek Grosny verbrannt und alte Grabsteine von den Friedhöfen geholt und zum Straßen- und Hausbau verwendet.¹⁴

¹² Johanna Julia Atzmannstorfer: Die Deportationen der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren 1943/44, Wien 2009, S. 60.

¹³ Ebd., S. 64.

¹⁴ Ebd., S. 69.

Im April 1944 wurden alle Tschetschenen und Inguschen, die in der Roten Armee dienten, zwangsumgesiedelt. Bis ins Jahr 1945 wurden immer wieder Tschetschenen und Inguschen ausfindig gemacht, die bislang nicht von der Deportation erfasst worden waren und nun deportiert. Die ersten Jahre in Zentralasien waren entsetzlich. „Der schrecklichste und unabänderlichste Rückschlag traf das tschetschenische und inguschische Volk in den ersten zwei oder drei Jahren, als Hunger und fürchterliche Krankheiten sie dazu verurteilten, zehn, hundert, tausende ihrer Taipbrüder in der Steppe Zentralasiens begraben zu müssen.“¹⁵ Genaue Opferzahlen liegen nicht vor. Quellen gehen von mindestens 30 Prozent bis höchstens 50 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

3.2 Karatschaier

Am 9. August 1943 wurden 110 Familien, insgesamt 472 Personen, aus dem Gebiet Karatschai zwangsausgesiedelt. Am 12. Oktober 1943 veröffentlichte das Präsidium des Obersten Sowjet der SSSR den Erlass „Über die Liquidierung des Autonomen Gebietes Karatschai und die administrative Organisation des Territoriums“. Alle Karatschaier sollten nach diesem Erlass in andere Gebiete der SSSR umgesiedelt und das autonome Gebiet Karatschai aufgelöst werden. Im November 1943 wurden insgesamt 69.267 Karatschaier ausgesiedelt.¹⁶ In Viehwaggons wurden die Karatschaier zu den Zielorten deportiert – ohne Verpflegung, ohne Medikamente und unter unvorstellbaren unhygienischen Bedingungen. Mehr als zwei Wochen waren die Menschen unterwegs – viele starben. Genaue Opferzahlen konnten bislang nicht ermittelt werden. Nach der kollektiven Deportation und der Auflösung des autonomen Gebiets Karatschai Ende 1943 wurde dieses auf andere administrative Einheiten aufgeteilt und mit Angehörigen „loyaler“ Völker neu besiedelt.

3.3 Balkaren

Am 8. März 1944 wurden die Balkaren kollektiv deportiert. In 14 Zügen wurden mindestens 37.713 Balkaren nach Zentralasien transportiert. 52 Prozent von ihnen waren Kinder, 30 Prozent Frauen und 18 Prozent Männer.¹⁷ Schon am 9. März meldete Beria, der auch diese Deportation persönlich vorgeschlagen, organisiert und überwacht hatte, dass sie erfolgreich abgeschlossen worden sei.¹⁸ Die kollektive Deportation unterschied sich in ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit nicht von den Deportationen der Tschetschenen, Inguschen und Karatschaier. Auch hier waren Kinder, Alte und

¹⁵ Atzmannstorfer., S. 72, zitiert nach Aleksandr Nekrich, *The punished Peoples*, New York 1978, S. 118.

¹⁶ Atzmannsdorfer, S. 49ff.

¹⁷ <http://eng.kavkaz-uzel.ru/articles/26738/>

¹⁸ Atzmannsdorfer, S. 83.

Frauen diejenigen, die am meisten zu leiden hatten und am häufigsten von Krankheit und Tod betroffen waren. Nach und nach wurden auch all jene Balkaren, die außerhalb der Karbardino-Balkarischen ASSR gelebt hatten sowie die balkarischen Soldaten aus der Roten Armee, deportiert. Die Kabardino-Balkarische ASSR wurde aufgelöst. Georgien vergrößerte sich dadurch und die Kabardinische Autonome Sowjetische Sozialistische Republik wurde gegründet.

4. Die Tscherkessen – eines der ältesten Völker Europas

4.1 Verbrechen des Krieges und Völkermords im 19. Jahrhundert

Sotschi war im 19. Jahrhundert Schauplatz des blutigen letzten Kampfes der Tscherkessen gegen die russische Vorherrschaft. Nach mehr als 100 Jahren Krieg gegen die Armee der russischen Zaren waren die Tscherkessen geschwächt, gespalten und vertrieben. Noch während des Krieges (1817-1864) entschied Zar Alexander II., die Tscherkessen kollektiv zu vertreiben. Darauf waren sie nicht vorbereitet. Nicht einmal das Getreide durften sie noch ernten. Die Folgen: Krankheiten, Hunger und Tod. In den Schwarzmeerstädten Anapa und Noworossisk waren etwa eine halbe Million Menschen betroffen. „Viele mussten ein halbes oder sogar ein ganzes Jahr und mehr auf die Deportation warten. Diese ganze Zeit mussten sie unter freiem Himmel verbringen. Tausende verhungerten. Die gesamte Nordostküste des Schwarzen Meeres war übersät von Leichen und Sterbenden“, schrieb Jacob Abramov 1884 in seinem Buch „Caucasian Mountaineers“.

Der gefährlichste Teil der Deportation war die Überfahrt über das Schwarze Meer in die Türkei. Mehr als die Hälfte kam nicht lebend an. Der Zeitzeuge Abramov schreibt: „Sie ließen 200 bis 300 Personen auf ein Schiff, auf das nur 50 bis 60 gepasst hätten. Die Leute hatten nur ein Brot und Wasser dabei. Nach fünf bis sechs Tagen waren diese mageren Vorräte aufgebraucht und die Menschen wurden krank und verhungerten. Die Toten wurden ins Wasser geworfen.“ Bis zu 180.000 Tscherkessen sollen zudem kurz nach der Ankunft in der Türkei an Hunger und Krankheiten gestorben sein. Augenzeugen aus dem Jahr 1864 berichten über täglich bis zu 200 Tote in der Stadt Samsun an der Nordküste der Türkei. Nach Krieg und Deportation verblieben nur zehn Prozent der ursprünglichen tscherkessischen Bevölkerung in ihrer Heimat im Nordwestkaukasus. Das Vorgehen Russlands im 19. Jahrhundert wird von führenden Historikern als Genozidverbrechen bezeichnet.

4.2 Tscherkessen heute

Heute leben die Nachfahren der Überlebenden in der ganzen Welt verstreut. Eine politische Aufarbeitung dieser Kolonialverbrechen hat bisher nicht stattgefunden. Im Gegenteil, die russische Politik zielt darauf ab, alle Spuren der Tscherkessen im Nordkaukasus auch weiterhin verwischen. Aus tscherkessischer Sicht stellt die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Sotschi daher einen weiteren Akt der Provokation und der Verleugnung ihrer Geschichte sowie Kultur dar.¹⁹

Im Nordkaukasus leben heute rund 710.000 Tscherkessen in drei Republiken: Adygeya (25,5 Prozent der Bevölkerung), Karatschai-Tscherkessien (11,2 Prozent der Bevölkerung) und Kabardino-Balkarien. Dort sind sie mit 52,5 Prozent in der Mehrheit. Seit der Gründung der autonomen Republiken in der Sowjetunion im Jahr 1957 teilen sich die Tscherkessen das Land im Kaukasus mit den Völkern der Balkaren und Karatschaier. Dieser Umstand führte jedoch dazu, dass alle Einigungsbegehren der Tscherkessen durch die „Teile-und-herrsche“-Politik aus Moskau untergraben worden sind. Nur einige hundert tscherkessische Flüchtlinge aus Syrien sind bislang im Nordkaukasus angekommen. Ihre Integration wird vor Ort von Vereinen und Einzelpersonen gefördert. Aber die russische Regierung weigert sich, mehr Visa an Tscherkessen auszustellen, so dass viele die Hoffnung auf eine sichere Heimat in der Herkunftsregion ihrer Vorfahren aufgeben mussten und müssen.

Seit mehreren Jahren erstarkt die tscherkessische Bewegung. Die Entscheidung für Sotschi als Austragungsort der Olympischen Winterspiele hat die Tscherkessen weltweit aufgeschreckt. Dazu kam die Sorge um die von Krieg und Gewalt betroffenen Tscherkessen in Syrien. Gerade auch über die sozialen Netzwerke wurde effektive Hilfe organisiert und es werden Informationen und Kontakte ausgetauscht. Neue Vereine und Verbände wurden gegründet und die Tscherkessen gingen auch massenhaft auf die Straße: So demonstrierten sie in den vergangenen Jahren in vielen Ländern wie Deutschland, Russland und der Türkei an ihrem nationalen Gedenktag, dem 21. Mai, vor russischen Botschaften. Russland beobachtet diese Entwicklung mit großem Misstrauen und versucht, Druck auf die Aktivisten auszuüben. Sie werden immer wieder zu Gesprächen bei Geheimdienst und Polizei vorgeladen. Tscherkessische Aktivisten in der Diaspora müssen aus Rücksicht um ihre Kollegen in der Russischen Föderation so vorsichtig wie möglich sein.

In diesem Zusammenhang ist auch die Abdankung des Gouverneurs von Kabardino-Balkarien, Arsen Konokov, am 6. Dezember 2013 zu sehen. Die Tscherkessen stellen in

¹⁹http://www.gfbv.de/report.php?id=44&stayInsideTree=1&backlink=veroeffentlichungen_archiv_liste.php?bereich=2012 und Manfred Quiring: Der vergessene Völkermord: Sotschi und die Tragödie der Tscherkessen, Ch. Links Verlag, 2013.

Kabardino-Balkarien die Bevölkerungsmehrheit und auch Konokov ist Tscherkesse. Er wurde nun durch den russischen General Juri Kokov ersetzt. Der Hauptgrund für die Absetzung von Konokov, so die Experten der *Jamestown Foundation*,²⁰ dürfte seine „Unfähigkeit“ gewesen sein, die tscherkessische Opposition gegen die Olympischen Spiele zu unterdrücken. Konokov appellierte zudem an das russische Parlament, die Verfassung von Kabardino-Balkarien insofern zu ändern, dass eine massive Rückführung von Tscherkessen aus Syrien möglich geworden wäre. Vor dem Hintergrund der Machtverhältnisse in der Russischen Föderation wird solch ein Appell schon als Provokation aufgefasst und der verantwortliche Gouverneur für die zaghaften Schritte der Tscherkessen in Richtung politischer Betätigung zur Verantwortung gezogen. Nun ist zu befürchten, dass sein Nachfolger Kokov den Druck auf Bürger- und Menschenrechtler verstärken und auch die Islamisierung der Republik zurückdrängen wird.

Auch gegenüber der GfbV gaben tscherkessische Aktivisten aus dem Nordwestkaukasus an, dass sie unter Druck gesetzt würden. Sie baten ihre Kollegen in der Diaspora ausdrücklich, sich mit politischen Forderungen vor dem Beginn der Winterspiele gänzlich zurückzuhalten. Erst danach, so die Meinung der Tscherkessen, könne es wieder möglich sein, ihre Ziele, wie die Wahrung von Kultur und Sprache, eine stärkere politische Teilhabe und die Unterstützung für notleidende tscherkessische Flüchtlinge aus Syrien zu verfolgen.

Zudem wurden mehrere Fälle von tscherkessischen Aktivisten und Journalisten bekannt, die nach Sotschi einreisen wollten, um vorab zu berichten, jedoch festgenommen, festgehalten und abgewiesen wurden. In der Organisation *No Sochi* wurde eine Razzia durchgeführt, die Mitarbeiter von der Polizei vernommen und Computer sowie Handys wurden konfisziert.²¹

Am 13. Dezember 2013 wurden zehn tscherkessische Aktivisten in verschiedenen nordkaukasischen Städten festgenommen. Ihre Häuser wurden durchsucht und die Männer zu Verhören ins über 400 Kilometer entfernte Krasnodar gebracht. Schon mehrfach wurde tscherkessischen Aktivisten und Journalisten die Reise nach Sotschi verwehrt.

Besonders empört sind die Tscherkessen darüber, dass während der Olympischen Spiele eine Wiederholung der Siegesparade von 1864 geplant ist. Hier wollen Russen und Kosaken an den endgültigen Sieg über die Tscherkessen erinnern.

²⁰ Kabardino-Balkarian Governor's Resignation Likely Tied to Sochi Olympics, 9. Dezember 2013.

²¹ <http://www.zeit.de/sport/2014-01/sotschi-tscherkessen-olympia-kaukasus/komplettansicht?print=true>

5. Fazit und Empfehlungen

Die Austragung der Olympischen Winterspiele in Sotschi bietet die Chance, dass eine Region internationale Aufmerksamkeit erfährt, die in der Berichterstattung über Russland und auch in der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland immer wieder vernachlässigt wird. Dies ist umso verantwortungsloser, als es diejenige Region ist, in der die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Russischen Föderation verübt werden. Es ist wichtig, die Konflikte dort in ihrer ganzen Komplexität und in ihrem historischen Zusammenhang zu begreifen. Den Nordkaukasus mit seiner Vielfalt an Völkern und Sprachen zu vernachlässigen, schadet schließlich ganz Russland, führt zu einer Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Menschenrechtsverletzungen, zu einer Spaltung der Gesellschaft und der Einschränkung von Bürgerrechten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung.

Empfehlungen an die deutsche Bundesregierung:

- Nutzen Sie die Olympischen Winterspiele in Sotschi, um mit Ihren russischen Gesprächspartnern immer wieder offen die Menschenrechtssituation im Nordkaukasus anzusprechen und ein Ende der schweren Menschenrechtsverletzungen zu fordern.
- Setzen Sie sich in Einzelfällen für ein Ende der Straflosigkeit für Verbrechen von Seiten der Polizei und Geheimdienste ein.
- Setzen Sie sich in internationalen Organisationen, der *OSZE*, dem *Europarat* und den *Vereinten Nationen* dafür ein, dass Menschenrechtsexperten die Region regelmäßig und kontinuierlich besuchen und ein Menschenrechts-Monitoring durchführen, das für die Organisationen vor Ort fast unmöglich geworden ist. Nur kontinuierliche internationale Öffentlichkeit und entsprechende Kritik kann dazu führen, dass die Russische Föderation die Menschenrechte dort einhält.

6. Stellungnahme tscherkessischer Organisationen vom 12.1.2014²²

Im Zusammenhang mit dem Beginn der olympischen Winterspiele in Sotschi ist in der letzten Zeit die Gefahr terroristischer Anschläge gestiegen. Es sind Terrorakte verübt worden, Aufrufe, Terrorakte zu begehen, werden von extremistischen Gruppen verbreitet. Diese Gruppen und ihre Internetseiten nutzen das Thema des Völkermords an den Tscherkessen aus, um weitere Terroranschläge zu begründen.

In Bezug darauf teilen wir, die Vertreter der tscherkessischen nationalen Organisationen, mit, dass wir jegliche kriminelle Handlung, einschließlich Terrorismus und Extremismus ablehnen.

Unseren Einsatz für die Einheit, die Bewahrung und das Wachstum des tscherkessischen Volkes führen wir ausschließlich im rechtsstaatlichen Rahmen. Wir halten uns an die Gesetzgebung des jeweiligen Landes, in dem die Tscherkessen leben, wir bewegen uns im Rahmen der internationalen Gesetzgebung, die die Menschenrechte und die Rechte der autochthonen Minderheiten garantiert.

Jeglicher Versuch, die tscherkessische Bewegung mit den Manifesten der Extremisten in Verbindung zu bringen, sind Provokationen, die unsere Bewegung diskreditieren wollen. Die tscherkessische Bewegung ist den Werten der Demokratie verpflichtet und setzt sich ausschließlich für eine zivilisierte Lösung der bestehenden Probleme ein.

Abubekir Murzakanov, *Adyge Chekusch* – Tscherkesija

Jurij Jachutl, *Pravo na Rodinu*

Zaur Chundyschko, *Adyge Chase-Cherkessij parlament*, Maikop

Ibragim Jaganov, *Chase*, Kabardino-Balkarien

Zaur Gedyuadsche, Leiter des tscherkessischen Forschungsinstituts *TIM*

Schantij Emyscha, *Nasyp*, USA

Bjurlent Byrs, *Patrioty Cherkessii*, Türkei

Ruslan Kesch, *Cherkesskij Sojuz*

²² Veröffentlicht auf: <https://www.facebook.com/groups/1382024498702523/>, Kommentar: <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/236613/>